



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

Mitte 2003 bis Mitte 2004

China

Index

Überblick

1. Wirtschaft

Die allgemeine wirtschaftliche Lage
China nach dem WTO-Beitritt

2. Recht

Die Verfassungsänderungen
Die rechtsstaatliche Entwicklung

3. Politik

Die politische Führung
Sozialpolitik
Frauenpolitik
Umweltpolitik und Stadtplanung
Die Korruptionsbekämpfung
Demokratie und Zivilgesellschaft
Außenpolitik

Überblick

Die Volksrepublik China (VRC) kann zwar nach wie vor ein anhaltendes Wirtschaftswachstum vorweisen, gerät aber aufgrund von strukturellen Defiziten und mangelnder ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit langfristig immer mehr in die Gefahr einer Finanzkrise. Durch Chinas Beitritt zur WTO und den baldigen Wegfall der Übergangsregelungen sieht sich die chinesische Wirtschaft der Notwendigkeit gegenüber, Strukturreformen voranzutreiben.

Die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen spielt eine herausragende Rolle in der gegenwärtigen Reformperiode und soll bis 2010 im Wesentlichen abgeschlossen sein. Mit der Verfassungsrevision von 2004 ist man diesem Ziel einen weiteren Schritt näher gekommen. Daneben wird auch die Gesetzgebungsarbeit weitergeführt sowie eine umfassende Verwaltungs- und Justizreform in die Wege geleitet.

Die „vierte Generation“ der politischen Führung hat sich vor allem die ökonomische und soziale Konsolidierung zur Aufgabe gemacht. Systemimmanente Strukturschwächen in allen Bereichen sowie soziale Spannungen erhöhen indessen den Reformdruck auf die Regierung. Nach wie vor fehlt es an unabhängigen Instanzen und Strukturen in fast allen Lebensbereichen. Diese erweisen sich jedoch für die Bewältigung einer Großzahl der gegenwärtigen Probleme als unabdingbar.

Die Probleme sind neben dem ökonomischen auch im sozialen und ökologischen Bereich zu finden. Während es aufgrund besorgniserregender sozialer Ungleichheiten zunehmend zu Spannungen und Auseinandersetzungen kommt, schreitet die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Ausbeutung der Ressourcen unaufhaltsam fort.

Die chinesische Gesellschaft wird unterdessen zunehmend offener und zeigt sich zumindest in seinem egalitären oberen Segment der Globalisierung gewachsen. Der Zivilgesellschaft und dem gesamten sogenannten dritten Sektor wird auch von Seiten der Regierung eine zunehmende Bedeutung beigemessen, und Ansätze demokratischer Kultur sind zu erkennen.

Die gesteigerte wirtschaftliche Bedeutung der VRC zeigt sich verstärkt auch in der Außenpolitik. Hier vollzieht sich eine gewisse Wende von der ehemals kritischen Neutralität zu mehr aktiver Beteiligung und Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft.

In seinem Ergebnis von weitreichender globaler Bedeutung, ist das Gelingen der gegenwärtigen Umgestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik keineswegs gesichert. Die Herstellung einer Balance zwischen Stabilität, Reformierung, Wachstum und Gerechtigkeit stellt eine große Herausforderung für die politische Führung dar. Eine entscheidende Bedeutung hat nach wie vor die relative ökonomische Prosperität, die bislang eine Politisierung und Eskalation verhindern konnte.

1. Wirtschaft

Die allgemeine Lage

Die chinesische Volkswirtschaft verzeichnete im Jahr 2003 trotz SARS eine Wachstumsrate von rund 9%, die höchste seit 1997. Für das erste Halbjahr 2004 wird sogar eine Wachstumsrate von 9,7% angegeben, wobei das Außenhandelsvolumen der Volksrepublik China (VRC) das weltweit viertgrößte war. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) war die chinesische Wirtschaft 2003 die weltweit sechstgrößte und das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Chinesen hat in diesem Zeitraum mit 1.090 USD zum ersten Mal die 1000-USD-Marke überschritten. Die VRC empfing 2003 mit über 53 Mrd. USD außerdem die weltweit meisten ausländischen Direktinvestitionen.

Die Wirtschaftsdaten für die Jahre 2003 und 2004 sehen somit insgesamt sehr gut aus. Auch liegen die jährlichen Wachstumsraten komfortabel über der angegebenen „Risikomarkte“ von 7%, die nach Einschätzung von Analysten erreicht werden müssen, um soziale Probleme zu absorbieren und die gegenwärtigen Wirtschaftsreformen fortführen zu können¹. Bei genauerer Betrachtung allerdings erscheint das hohe Wachstum wenig nachhaltig und teuer erkauf.

Ein großer Teil des chinesischen Wirtschaftswachstums wird nach wie vor durch staatliche Investitionen generiert, die Strategie des massiven „deficit spending“ aus der Asienkrise von 1997 wurde bis dato beibehalten. Außerdem werden in die Berechnungsgrundlage des chinesischen BIP auch die Daten ausländischer Unternehmen mit einbezogen, die einen nicht unerheblichen Teil desselben ausmachen². Mit einem Anteil von etwa einem Viertel steuert die Binnennachfrage dagegen immer noch relativ wenig zum BIP bei und ihre Exportabhängigkeit macht die chinesische Wirtschaft anfällig für externe Krisen. Die für den Export so vorteilhaft billige Produktion ist im Übrigen meist nur aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutung von Natur- und Humanressourcen sowie durch staatliche Subventionen in der einen oder anderen Form möglich.

Ungeachtet dessen hat die chinesische Privatwirtschaft einen steilen Aufstieg genommen und ist mittlerweile zur treibenden Kraft der chinesischen Wirtschaft geworden. Aufgrund vermeintlich vernachlässigter Daten gibt es sogar gelegentlich Anlass zur Vermutung, dass die Wachstumsraten nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig angesetzt werden³. Die Diskussion um die Berechnungsgrundlage der chinesischen Wirtschaftsdaten mag hier dahingestellt bleiben. Ein grundsätzliches Problem bleibt jedenfalls die ökonomische und ökologische Ineffizienz der chinesischen Wirtschaft. So ist ein chinesischer Arbeiter nur etwa 1/10 so produktiv wie sein Kollege in einem westlichen Industrieland und verbraucht pro verdienten Dollar etwa achtmal soviel Energie⁴. Die für diese Zahlen verantwortlichen Arbeitgeber sind meist unter den chinesischen Staatsbetrieben zu finden, von denen eine Großzahl eigentlich bereits zahlungsunfähig ist. Aus sozialen und politischen Gründen werden die unrentablen Unternehmen aber weiter betrieben und von den Staatsbanken mit Krediten versorgt. Und nachdem etwa die Hälfte dieser Kredite nicht zurückgezahlt werden können („faule Kredite“), hat sich das Problem der Zahlungsunfähigkeit auf das chinesische Bankwesen übertragen. Mit der Gründung staatlicher Vermögensagenturen (Asset Management Corporations / AMC) wurde 1999 damit begonnen, das Problem abermals weiter zu verlagern. Bis Ende 2003 hatten die AMCs bereits über 3 Trillionen Renminbi (RMB) an faulen Krediten von den Staatsbanken übernommen. Gleichzeitig haben die Banken staatliche Finanzhilfen in zweistelliger Milliardenhöhe erhalten.

Trotzdem sind die Banken weiter zur großzügigen Kreditvergabe bei niedrigen Zinsen angewiesen, um für das benötigte hohe BIP-Wachstum zu sorgen. Denn das chinesische Wachstum steht nicht auf dem selbst tragenden Fundament effizienter Produktion und kaufkräftiger Verbraucher. Zur Erreichung eines gleich hohen BIP-Wachstums wird immer mehr investiertes Kapital benötigt⁵. Die chinesische Volkswirtschaft kann das investierte Kapital mittlerweile aber nicht mehr sinnvoll aufnehmen und die Grenzen des Marktes und der Energieressourcen sind erkennbar erreicht. Die mittelfristige Gefahr einer Finanzkrise durch „Überhitzung“ nimmt angesichts der so entstandenen Überinvestition und Überproduktion zu⁶.

Schwerwiegender sind jedoch die langfristigen Probleme. Nur wenn es gelingt, die imposante Wachstumsfassade in den nächsten Jahren mit mehr Effizienz, Nachhaltigkeit und Teilhabe zu untermauern, wird man eine ernsthafte Krise verhindern können. Dies gilt insbesondere auf dem Hintergrund von Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) und dem Wegfall der Übergangsregelungen bis spätestens 2007 einschließlich des freien Zugangs ausländischer Banken zum chinesischen Kapitalmarkt ab 2006.

Welthandel und WTO-Beitritt

Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO im Dezember 2001 hat zur Folge, dass die Regierung entsprechend der WTO-Vereinbarungen nicht mehr wie bisher strukturelle Defizite durch den flexiblen Einsatz handelspolitischer Instrumente ausgleichen kann. Die chinesische Wirtschaft sieht sich damit der ausländischen Konkurrenz zunehmend ungeschützt ausgesetzt. Die Anforderungen an ihre Effizienz und Selbstständigkeit erhalten dadurch eine neue Qualität.

Die EU wurde durch ihre Erweiterung 2004 zum ersten Mal zum wichtigsten Handelspartner Chinas nach Japan und den USA, wobei die neuen Partnerländer der EU gleichzeitig eine potentielle Konkurrenz insbesondere von günstigen Investitionsstandorten darstellen.

Die USA sind nach wie vor der größte Exportmarkt Chinas. Während das amerikanische Außenhandelsdefizit zunimmt, trägt die VR China durch den regelmäßigen Kauf von US-Staatspapieren etwa ein Sechstel der gesamten US-Außenverschuldung⁷. Die wechselseitige Abhängigkeit ist leicht erkennbar.

Die Durchsetzung der WTO-Vereinbarungen gestaltet sich nach wie vor regional unterschiedlich erfolgreich. Insbesondere was die geistigen Eigentumsrechte angeht, bestehen noch erhebliche Defizite. Einem Bericht der Europäischen Handelskammer in China (EUCCC) aus dem Jahr 2003 zufolge, werden die WTO-Vereinbarungen im Allgemeinen zwar formal-legal eingehalten, oftmals allerdings inhaltlich umgangen. Demnach versuche die VRC, mit so genannten nicht-tarifären Handelshindernissen seine Märkte zu schützen⁸. Auch der zuständige US-Handelsbeauftragte Zoellick bezeichnete die Erfüllung der Verpflichtungen Chinas zum Abbau von Zöllen und zur Umsetzung von Wirtschaftsreformen als „unausgewogen und unvollständig“⁹.

Nach einer Zusatzklausel zum WTO-Vertrag wird die VRC bei der Beurteilung von Antidumpingverfahren noch 12 Jahre lang nicht als ein Land mit einer freien Marktwirtschaft behandelt. Im Jahr 2003 entgingen der chinesischen Volkswirtschaft 2,2 Mrd. USD an Exporten aufgrund von Antidumpingverfahren, das sind 5% der Gesamtexporte in diesem Jahr¹⁰. Die chinesische Regierung bemüht sich nicht zuletzt deshalb in letzter Zeit intensiv um die Anerkennung ihres Landes als freie Marktwirtschaft durch die EU und die USA. Die Bemühungen waren bislang erfolglos. Nach entsprechenden Gutachten fehle es an Marktmechanismen und die Regierung greife zu sehr in das Wirtschaftsgeschehen ein¹¹. Diese Einschätzung deckt sich mit dem oben erkannten.

Die notwendigen Strukturreformen müssen daher die selbständige und effiziente Organisation der Wirtschaft einschließlich unabhängiger Instanzen der Interessenvertretung beinhalten. Die Einführung von Sozialstandards wie Mindestlöhnen erscheint dabei auch unter ökonomischen Gesichtspunkten als sinnvoll, möchte man die wirtschaftlichen Fortschritte von der Makroebene auf die Mikroebene übertragen. Eine Schlüsselrolle spielt weiterhin die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen.

2. Recht

Nach einer Bekanntgabe des Staatsrats soll innerhalb der nächsten zehn Jahre eine auf Recht und Gesetz basierende Regierung errichtet werden¹². Die so verstärkten Bemühungen um die Institutionalisierung eines chinesischen Rechtsstaates zeigen sich in kontinuierlicher Gesetzgebungsarbeit und der schrittweisen Reformierung von Verwaltung und Justiz. Im März 2004 wurde außerdem eine Verfassungsrevision durchgeführt.

Die Verfassungsänderungen

Die gegenwärtige Verfassung ist bereits die vierte seit Bestehen der Volksrepublik. Sie stammt von 1982 und hat seitdem 1988, 1993 und 1999 Änderungen erfahren. Die wesentlichen Neuerungen des Jahres 2004 umfassen die Festschreibung des Rechts auf Privateigentum (Art.13), einen Artikel zum Schutz der Menschenrechte (Art.33, Abs.3), die Aufnahme der „Drei Repräsentanten“ (Präambel Abs.7), vorgesehene Entschädigungsleistungen bei Enteignungen von Eigentum und insbesondere von Grund und Boden (Art.13 und Art.10, Abs.10) sowie eine Selbstverpflichtung zur Errichtung bzw. Verbesserung der Sozialsysteme (Art.14, Abs.4). Außerdem wurde der Begriff „Kriegsrecht“ an zwei Stellen durch „Notstand“ ersetzt (Art.67 und Art.80) und die Amtszeit der Abgeordneten der lokalen Volkskongresse auf 5 Jahre verlängert (Art. 98).

Anlässe und Gründe

Abgesehen von der unübersehbaren Stringenz der seit nunmehr 25 Jahren andauernden Reformen finden sich für die einzelnen Neuerungen jeweils auch konkrete Anlässe. Zu den wichtigsten von ihnen zählen neben SARS die Abwanderung von Kapital und Investitionen ins Ausland, sowie die zunehmende soziale Ungleichheit innerhalb der chinesischen Gesellschaft.

Es erscheint nahe liegend, dass die Umformulierung von Kriegsrecht in Notstand in der Verfassung auf die SARS-Krise im Jahre 2003 zurückzuführen ist. Sie zielt darauf ab, die Handlungsfähigkeit der Regierung in Notzeiten zu gewährleisten. Ihre politische Bedeutung liegt vor allem in der damit verbundenen Absicht, die öffentliche Verwaltung künftig transparenter zu gestalten.

Der Zusammenhang von Eigentumsrecht und Kapitalabwanderung hingegen mag bei dem anhaltenden Zustrom in- und ausländischer Investitionen und dem derzeitigen „China-Boom“ leicht in Vergessenheit geraten. Neben der nicht geringen Anzahl derjenigen, die angesichts von Antikorruptions- und Rechtsstaatlichkeitskampagne um ihr nicht immer auf legale Weise erlangtes Eigentum bangen müssen, scheuen sich nach wie vor diejenigen vor Investitionen, die in der VRC keine zufrieden stellenden Investitionsrahmenbedingungen vorfinden¹³. Gleichzeitig wird abgesehen von deren Qualität bereits seit längerem auch die Höhe der Zuwachsraten ausländischer Direktinvestitionen bezweifelt. Unter der Hand wird vermutet, dass etwa 30 Prozent von ihnen ursprünglich aus dem Inland stammen.

Jedenfalls soll die Aufnahme des Rechts auf Privateigentum in die chinesische Verfassung dazu beitragen, Kapital und Investitionen ins Land zu holen bzw. dauerhaft im Land zu halten. Darüber hinaus wird nach

gängiger ökonomischer Theorie mit dem Vorhandensein des Rechts auf Privateigentum eine der entscheidenden Voraussetzungen für ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem erfüllt¹⁴. Und wie oben ausgeführt, bemüht sich die VRC derzeit um die Errichtung und Anerkennung einer Marktwirtschaft.

Für das Investitionsklima sicherlich nicht schädlich ist auch die Aufnahme eines Artikels zum Schutz der Menschenrechte, die zu mehr internationalem Ansehen der VRC beiträgt¹⁵. Außerdem soll damit sozialen Spannungen und Ungleichheiten begegnet werden, was auch für die Entschädigungsregeln und die Absicht der Errichtung sozialer Sicherungssysteme gilt.

Im folgenden wird kurz auf die wesentlichen Verfassungsänderungen im Einzelnen eingegangen.

Das Eigentumsrecht

Bereits Ende 2003 wurden vom Zentralkomitee in einem Erlass „einige Fragen zum System der sozialistischen Marktwirtschaft“ entschieden¹⁶. Darin findet sich unter anderem ein umfassendes Bekenntnis zu den grundlegenden Rechten auf Privateigentum und Privatautonomie. Die Aufnahme des Rechts auf Privateigentum in die Verfassung von 2004 stellt damit den bisher weitesten Schritt in Richtung auf ein marktorientiertes Wirtschaftssystem dar. Es zeigt deutlich die Entschlossenheit der Regierung, die Reformierung des Wirtschaftssystems prioritär und konsequent fortzuführen.

Einige Rechtsgelehrte sehen in der Aufnahme des Eigentumsrechts einen systematischen und inhaltlichen Widerspruch zur chinesischen Verfassung. Denn das System des Sozialismus, wie es in Art. 1 vorgesehen ist, stehe in unvereinbarem Widerspruch zum Recht auf Privateigentum¹⁷. Die Formulierung „rechtmäßig erworbenes Eigentum steht unter Schutz“ diene im Übrigen der Legitimierung unlauter reich gewordener Geschäftsleute und Politiker und stelle eine weitere Privilegierung der obersten Klassen des Landes dar¹⁸. Diese Kritik wird indessen von den wenigsten geteilt, im Gegenteil erhofft man sich durch die Aufnahme des Privateigentums indirekt auch mehr Demokratisierung¹⁹.

Der neue zweite Abschnitt von Art. 11 hebt die Bedeutung des Eigentumsrechts noch einmal hervor. Mit dem Eigentumsrecht geht außerdem auch ein politischer Bedeutungszuwachs der Privatunternehmer einher, der sich in der Präambel und insbesondere der Aufnahme der „Drei Repräsentanten“ niedergeschlagen hat. Denn die Erweiterung des Kreises der Träger des sozialistischen Staates von den Arbeitern und Bauern hin zu allen produktiven Kräften mag wohl vor allem die einst verpönten Privatunternehmer betreffen. Diese sollen so gleichzeitig auch in die gesellschaftliche Verantwortung genommen werden, um bei der Lösung der anstehenden sozialen Probleme mitzuwirken.

Die Menschenrechte

Mit der Aufnahme der Menschenrechte in die chinesische Verfassung sind allgemein große Erwartungen und Hoffnungen verknüpft. Daran ändert auch die durchaus bekannte Tatsache nichts, dass mit ihrer Nennung allein noch kein rechtlich durchsetzbarer Anspruch verbunden ist²⁰. Denn ihre Erwähnung gilt zumindest als ein erster großer Schritt auf dem Weg zu einem echten Bürgerrecht. Die Menschenrechte sollen zu den obersten Rechts- und Verfassungsprinzipien der VRC werden und in Zukunft staatliches Handeln maßgeblich mitbestimmen²¹.

Sie umfassen im Wesentlichen drei Aspekte: Das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit und das Recht auf Privateigentum. Eine andere Formulierung spricht von einem politischen, einem gesellschaftlichen und einem ökonomischen Aspekt der Menschenrechte²². Die gleichzeitige Aufnahme von Menschen- und Eigentumsrechten in die chinesische Verfassung ist bei näherer Betrachtung jedenfalls kein Zufall. Auch auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit spielt die Aufnahme der Menschenrechte eine zentrale Rolle. Denn durch die sinngemäße Anpassung aller Gesetze sollen den sozial Schwachen in Zukunft grundlegende Rechte nicht mehr verwehrt werden können.

Die Sozialrechte

Neben der Sozialfunktion der Menschenrechte ist die Errichtung sozialer Sicherungssysteme in der Verfassung vorgesehen. Das ist allerdings bislang lediglich als eine Art Absichtserklärung zu verstehen, mit der man auf die drängenden Probleme reagieren möchte. Weiterhin sind ausdrücklich Entschädigungen im Falle möglicher Enteignungen vorgesehen. Im Zuge der Landreform sollen Grund und Boden in ländlichen Gebieten in Kollektiveigentum übergehen, während es in den Städten weiterhin dem Staat gehört. De facto bedeutet dies, dass die jeweiligen Bezirksregierungen Landeigentümer werden. Zahlreiche Kritiker hatten daher eine generelle Privatisierung gefordert. Man hat es dann aber letztlich vorgezogen, den Kommunen über deren Regierungen mehr Macht zu verleihen. Deshalb sieht die neue Verfassung auch die Verlängerung der Legislaturperiode lokaler Volkskongresse von drei auf fünf Jahre vor. Damit soll nicht zuletzt auch die Attraktivität ländlicher Regionen gestärkt und das Problem der Landflucht vermindert werden.

Bewertung der Verfassungsänderungen

Bei einer Bewertung der vorliegenden Verfassungsänderungen muss man vorab klarstellen, dass der Stellenwert der chinesischen Verfassung nicht vergleichbar ist etwa mit dem der bundesdeutschen Verfassung. Zwar sind in Zukunft alle einfachen Gesetze im Sinne der Verfassung anzupassen. Verfassungsrechtlich garantierte Rechte sind in der VRC jedoch nicht einklagbar und stehen neben bzw. unter den maßgeblichen

politischen Richtlinien²³. Darüber hinaus existiert in China weder eine Verfassungsgerichtsbarkeit, noch überhaupt eine de facto unabhängige Gerichtsbarkeit²⁴. Die Bedeutung der aktuellen Verfassungsänderungen hängt insofern entscheidend davon ab, welche konkreten Schritte zu deren Realisierung unternommen werden. Dazu gibt es bislang unterschiedliche Hinweise.

Zu den weniger ermutigenden gehört, dass der Entwurf zur diesjährigen Verfassungsrevision ursprünglich auch ein System zur Überprüfung von Verfassungsverstößen enthielt und dies letztlich verworfen wurde, wie auch verschiedene weitere Vorschläge zur Durchsetzung der Verfassungs- und Menschenrechte²⁵. Der Umgang mit Menschenrechten ist weiterhin weit entfernt von seinem Idealbild. Nach wie vor kann man jederzeit und ohne Gerichtsurteil in „Administrativhaft“ genommen werden, auf weitere Beispiele sei hier nur verwiesen²⁶. Der Katalog der Menschenrechte enthält im Übrigen keine ausdrückliche Erwähnung der Meinungsfreiheit, einem der wesentlichen Freiheitsrechte²⁷. Stattdessen kommt zur Pressezensur nun auch die Zensur von Internet und Mobilfunk, wobei die Methoden ständig verfeinert werden²⁸.

Auf der anderen Seite gibt es auch ermutigende Nachrichten. So wird beispielsweise im Zusammenhang mit dem Recht auf Leben derzeit die Abschaffung der Todesstrafe geprüft²⁹. Im Zusammenhang mit dem Recht auf Freiheit wird die Zulässigkeit der Freiheitsentziehung innerhalb der Programme zur Umerziehung durch Arbeit (Laodong Jiaoyang) und beim Umgang mit Pornographie und Drogen diskutiert³⁰. Bereits 2003 wurden Gesetze abgeschafft, die Obdachlosen jegliche Bürgerrechte verwehrten³¹. Weiterhin sind auf dem Weg zu fairen Verfahren und unabhängiger Gerichtsbarkeit bereits eine Verwaltungs- und eine Justizreform im Gange und zahlreiche Einzelgesetze befinden sich in Arbeit (näher dazu unten 2.2).

Nachdem in allen vorgesehenen Bereichen bereits konkrete Schritte unternommen wurden, um die neu aufgenommenen Verfassungsprinzipien zu implementieren, kann man die Ernsthaftigkeit der Verfassungsänderungen nicht bestreiten. Die Verfassung selber kann man indes bezweifeln. Denn an ihrem Status als rechtlich unverbindliche Absichtserklärung wurde auch dieses Mal nichts geändert.

Die Verfassungsänderungen werden daher keine grundsätzlichen, tief greifenden, oder gar revolutionären Veränderungen für das politische und rechtliche System der VRC hervorbringen. Immerhin scheint man aber der Errichtung eines chinesischen Rechtsstaates unter der Führung der KP einen weiteren Schritt näher gekommen zu sein.

Die allgemeine rechtsstaatliche Entwicklung

Nicht zuletzt die Tatsache, dass Chinesen zum ersten Mal seit Bestehen der VRC persönliches Eigentum besitzen, hat das Bewusstsein für die Notwendigkeit von förmlichen Gesetzen und Rechtsschutz geschärft. Grundlegende Reformen in Verwaltung und Justiz sollen die schrittweise Institutionalisierung des chinesischen Rechtsstaates befördern. Die Justizreform soll sowohl die (größere) Unabhängigkeit der Justiz im Allgemeinen, als auch die Gleichwertigkeit und Unbestechlichkeit der landesweiten Justizorgane im Besonderen gewährleisten³². Die Verwaltungsreform indessen soll die Willkür der Verwaltungsorgane begrenzen und zu transparenter Verwaltungstätigkeit beitragen³³. Einen Meilenstein dahin stellt das neue Gesetz zum behördlichen Verwaltungsverfahren dar, welches seit Juli 2004 in Kraft ist³⁴. Es soll die Verfahren der Behörden formalisieren und deren Machtbefugnisse rechtlich verbindlich festlegen und begrenzen.

Als Konsequenz des Informationschaos während der SARS-Krise wurden außerdem ein Notstandsgesetz und verschiedene Gesundheits- und Hygienevorschriften erarbeitet. Zu den wichtigsten Wirtschaftsgesetzen gehören das neue Handelsgesetz, das Urheberrechtsgesetz, das Sachenrechtsgesetz, das Insolvenzgesetz und das Anti-Monopolgesetz³⁵. Die meisten von ihnen befinden sich noch in Arbeit. Bei der Behandlung der Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind ebenfalls Fortschritte zu erkennen. Die neuen Vorschriften zu Anmeldung und Verwaltung von Stiftungen erleichtern die Tätigkeit in- und ausländischer Stiftungen in China³⁶. Die maßgeblichen Regelungen für die Behandlung von NRO im Allgemeinen befinden sich in Überarbeitung und werden bis Ende des 2004 erwartet³⁷. 2003 trat außerdem ein neues Ehegesetz in Kraft (s.u.), und zum Jahresende 2003 wurde der Entwurf für ein strengeres Umweltstrafrecht fertig gestellt³⁸. Das neue Zivilgesetzbuch wird für 2005 erwartet.

Die Fortschritte in der rechtsstaatlichen Entwicklung sind deutlich erkennbar und die Reformen stringent und konsequent. Trotzdem fehlen noch wichtige Gesetze und vor allem mangelt es weiterhin an deren Durchsetzung³⁹. Bei der Abschätzung des Zeitraums, innerhalb dessen ein chinesischer Rechtsstaat verwirklicht werden kann, wird im Allgemeinen in Generationen gerechnet⁴⁰. Die chinesische Rechtspraxis ist nach wie vor noch weit entfernt von so wesentlichen Prinzipien wie unabhängiger Gerichtsbarkeit und gleichen Rechten auf ein faires Verfahren. Das ist zum einen auf den mangelnden Zugriff der Zentralregierung auf die einzelnen Provinzen zurückzuführen⁴¹. Aber auch die politische Ausgangslage erweist sich als ein grundsätzliches Hindernis. Denn zum einen fehlen verbindliche Regelungen in allen Bereichen, die die Autorität von Partei und Regierung auch nur indirekt in Frage stellen könnten. Zum anderen fehlen unabhängige Instanzen und Strukturen, die das rechtmäßige Verhalten derselben kontrollieren könnten. Die Partei hat faktisch Letztentscheidungsbefugnis bei gerichtlichen Verfahren. Dadurch bleiben sachliche Erwägungen zwangsläufig hinter politischen zurück.

3. Politik

Die politische Führung

Die politische Führungsspitze des Landes besteht seit März 2003 aus dem Staatspräsidenten Hu Jintao, dem Vize-Präsidenten Zeng Qinghong und dem Premierminister Wen Jiabao. Bereits im November 2002 löste Hu Jintao seinen Vorgänger Jiang Zemin als Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der KP ab. Neben Hu Jintao befinden sich noch acht weitere Mitglieder im Ständigen Ausschuss des ZK, die alle seit November 2002 im Amt sind: Huang Ju, Jia Qinglin, Li Changchun, Luo Gan, Wen Jiabao, Wu Bangguo, Wu Guanzheng und Zeng Qinghong. Sechs der ZK-Mitglieder gelten als Vertraute Jiang Zemin, der als Oberbefehlshaber der Armee bis September 2004 erheblichen Einfluss ausübte.

Längst nur noch dem Namen nach kommunistisch, bezieht die Partei ihre Legitimität zu großen Teilen aus ihrer wirtschaftlichen Kompetenz. Außerdem erweist sie sich bislang als Garant für eine gewisse innenpolitische Stabilität⁴². Und auch wenn sich diese so oft beschworene Stabilität hervorragend als Rechtfertigung für den eigenen Vormachtanspruch und damit verbundene Repressalien eignet, so sind sich doch auch unabhängige Analysten darüber einig, dass sie eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Gelingen der gegenwärtigen Reformen darstellt⁴³. Die neue Führung gibt sich volksnah, modern, kompetent und medienwirksam. Mit ihr verbindet sich insbesondere die Hoffnung auf eine Konsolidierung der wachsenden sozialen Probleme und eine erfolgreichere Bekämpfung der Korruption.

Aber selbst ohne das mögliche Scheitern der Reformen und bei Aufrechterhaltung einer relativen Prosperität wird es immer schwieriger für die Partei, politische Strukturdefizite und Repressalien einfach „aufgrund Chinas besonderer Situation“ zu rechtfertigen oder als „politisch sensibel“ unerwähnt zu lassen. Der Druck zu mehr politischer Öffnung und Reformierung wächst von verschiedenen Seiten. Insbesondere im sozialen Bereich kommt es zu wachsender Unzufriedenheit und Spannungen.

Sozialpolitik

Die Transformation des ehemals planwirtschaftlichen chinesischen Wirtschaftssystems in die sogenannte sozialistische Marktwirtschaft hat zwar ein stetiges gesamtwirtschaftliches Wachstum hervor gebracht, ermöglicht aber bisher nur den Wohlstand von etwa 20% der Gesamtbevölkerung. Diese 20% konstituieren im Wesentlichen Chinas Stadtbevölkerung, während der Großteil der bäuerlichen Landbevölkerung keinen Anteil am chinesischen Wirtschaftswunder hat. Auch hier hat China einen Rekord aufgestellt und sich zu einem der Länder entwickelt, die im weltweiten Vergleich die größte Divergenz in der Einkommensverteilung aufweisen⁴⁴. Während das Einkommen der Stadtbevölkerung 2003 nach offiziellen Angaben um 9,3% wuchs, blieb das der Landbevölkerung mit 4,3% deutlich zurück⁴⁵. Erstmals seit dem Beginn der Wirtschaftsreformen ist auch die Zahl der Armen in China wieder gestiegen⁴⁶. Die marktwirtschaftliche Umgestaltung hat außerdem einen enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit verursacht, der mangels staatlicher Sicherungssysteme nicht aufgefangen werden kann. Inoffiziellen Schätzungen zufolge liegt die Arbeitslosenrate bereits bei etwa 30%. Dabei müssten jedes Jahr 12 bis 15 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden, nur um mit dem derzeitigen Bevölkerungswachstum Schritt halten zu können.

Interessenkonflikte entstehen insbesondere zwischen der in den Städten Arbeit suchenden Landbevölkerung (100–150 Mio. Wanderarbeiter) und der dadurch zunehmendem Druck ausgesetzten Stadtbevölkerung. Im gegenwärtigen System der getrennten Wohnsitzgenehmigungen für Stadt und Land werden denjenigen mit Wohnsitzgenehmigungen für ländliche Gebiete außerdem nur eingeschränkte Rechte gewährt. Das Arbeitsrecht der VRC verlangt Arbeitnehmern zusätzlich ab, jeweils schriftliche Arbeitsverträge zu schließen, um die daraus entstehenden Rechte gerichtlich durchsetzen zu können. Allein der Lohnbetrug an Wanderarbeitern wurde 2003 offiziell auf 6 Mrd. Euro geschätzt⁴⁷. In einer ähnlichen Situation befinden sich die entlassenen oder nicht bezahlten Arbeiter unrentabler Staatsbetriebe und diejenigen, die erst gar keine Arbeit finden. Diejenigen, die Arbeit haben, verfügen ebenso über keine Möglichkeit, existierende massive Verletzungen des chinesischen Arbeitsrechts vorzubringen. Denn auch im sozialen Bereich fehlt es an selbstständigen Interessenvertretungen und Vermittlungsinstanzen.

Ihre Unzufriedenheit äußern die Betroffenen in Form von spontanen Protesten, Demonstrationen und Streiks. Die Zahl der Demonstrationen hat in den letzten Jahren auch offiziellen Zahlen zufolge drastisch zugenommen, wobei die unterschiedlichen Formen des Widerstands gegen die Staatsmacht sehr zersplittert und lokal begrenzt bleiben. Die soziale Stabilität, die die ökonomische und politische Stabilität und damit nicht zuletzt auch das Gelingen der Reformen und die Legitimität der Regierung wechselseitig bedingt, ist sichtlich in Gefahr. Daher bemüht sich die Regierung mit den aktuellen Verfassungsänderungen, auch die Unterprivilegierten zufrieden zu stellen, oder zumindest ihre Unzufriedenheit in geordnete Bahnen zu lenken (siehe oben).

Dennoch sind weitere wirtschaftliche Umstrukturierungen notwendig, die wiederum zunächst einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen werden. Andernfalls kann die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft und das benötigte hohe Wirtschaftswachstum nicht gewährleistet werden (siehe oben).

Die Jahre 2003 und 2004 haben einige positive Entwicklungen im Sozialbereich gebracht. Außer den bereits in anderem Zusammenhang genannten, haben systematische Steuersenkungen für die Landbevölkerung 2004 erstmals zu einem gewissen Ausgleich im Wachstum zwischen den ländlichen und städtischen Einkommen geführt⁴⁸.

Frauenpolitik

Nach neuesten Studien sind vor allem die chinesischen Frauen die Verlierer der Wirtschaftsreformen⁴⁹. Während das Problem der mangelnden Gleichberechtigung bisher vor allem in ländlichen Gebieten zu finden war, treffen die Einkommensnachteile und sozialen Härten nun vor allem städtische Frauen. Während die Männer die zentrale Arbeitskraft für den Bauboom bilden, arbeiten die Frauen vorwiegend in den neuen Schuh-, Textil-, Elektronik- und Plastikfabriken, die sie meist auch nach Feierabend nicht verlassen. Eine (zumindest theoretische) Verbesserung der Situation der Frauen hat das neue Ehegesetz von 2003 ergeben⁵⁰. Es erlaubt von nun an eine Heirat auch ohne Zustimmung der jeweiligen Arbeitseinheit und gewährt insofern mehr Unabhängigkeit bei der Eheschließung. Außerdem enthält es ein Gleichberechtigungsgesetz, den generellen Schutz der Frauen und ein Verbot von ehelicher Gewalt und Missbrauch. Das allgemeine Gebot der Gleichberechtigung ist begleitet von dem ausdrücklichen Recht, im eigenen Namen aufzutreten und Güter zu verwalten. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur ehelichen Gütertrennung. Uneheliche Kinder sollen den gleichen Schutz erhalten wie eheliche Kinder. Diese Rechte sind in der Regel gerichtlich einklagbar und zumindest von den Justiz- und Polizeibehörden zu wahren. Das neue Gesetz kann als großer Fortschritt in der Familienpolitik gewertet werden. Gleich nach seinem Erlass kam es zu einer Welle von neuen Hochzeiten. Genau dies war wohl auch die Hauptabsicht des neuen Gesetzes, denn die Scheidungsrate in China nimmt stetig zu und alte Familienverbände geraten ins Wanken. Die Familie soll aber als Grundmuster der chinesischen Gesellschaft erhalten bleiben und auch in Zukunft soziale Stabilität gewähren. Abgesehen davon, ob dieses Ziel mit dem neuen Ehegesetz tatsächlich erreicht werden können, wird vermutlich noch ein längerer Bewusstseinsprozess vonnöten sein, bevor die Frauen ihre gesetzlich garantierten Rechte tatsächlich in Anspruch nehmen und durchsetzen.

Umweltpolitik und Stadtentwicklung

Die ökologische Situation in China nimmt aufgrund der ungehemmten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen immer bedrohlichere Ausmaße an. Während die Wüstenbildung zunimmt, sind die Trinkwasserreserven so gut wie erschöpft und die Luftqualität führt bereits vielerorts zu einer extrem hohen Frühsterblichkeitsrate. 16 der 20 meistverseuchten Städte der Welt liegen in China. So verwundert es kaum, dass die Umweltpolitik in der VRC bisher nicht die höchste Priorität genoss. Während die Industrie boomt und die diesjährige Zulassung von Kraftfahrzeugen eine neue Höchstmarke erreicht hat, sind die Umweltschutzaufgaben gering und werden überdies kaum durchgesetzt.

Mittlerweile scheint jedoch ein gewisses Umdenken und Problembewusstsein eingesetzt zu haben. Eine wichtige Kontrollfunktion übernimmt dabei die Presse⁵¹. Während die Bedenken angesehener Umweltschützer beim Bau des Drei-Schluchten-Staudammes noch unbeachtet blieben, ließ Wen Jiabao persönlich den Bau eines geplanten Großstaudammes in der Provinz Yunnan unterbinden. Die chinesische Regierung verpflichtete sich anlässlich der „Renewables 2004“-Konferenz sogar dazu, bis zum Jahr 2010 10% ihrer Energien aus erneuerbaren Quellen zu beziehen.

Zum Thema Stadtentwicklung gibt es kürzlich verstärkte Bestrebungen, Altstädte zu sanieren und die Stadtentwicklung besser zu kontrollieren. Die bisherige Praxis, alte Wohnviertel einfach abzureißen und die Bewohner sich selbst zu überlassen, soll durch neue Vorschriften abgelöst werden. Ausgelöst wurden diese Neuerungen nicht zuletzt durch Kritik und Protestaktionen von betroffenen Bewohnern. In Zukunft sind in diesem Bereich effizientere Mechanismen zur Bürgerbeteiligung vorgesehen⁵².

Die Korruptionsbekämpfung

Dem Thema Korruption sei hier ein Extraabschnitt gewidmet, da es 2003 zum Gegenstand einer landesweiten Kampagne geworden ist. Die Korruption innerhalb des Einparteiensystems führt nicht nur zu wirtschaftlichen Schäden in Milliardenhöhe, sondern untergräbt vor allem auch die Glaubwürdigkeit und den Führungsanspruch der KP. Der Kampf gegen die Korruption wurde 2003 weiter verschärft und erstmals weitgehend offen gelegt.

Neue innerparteiliche Kontrollvorschriften sollen es ermöglichen, höhere Kader zukünftig ohne Furcht vor Repressalien anzeigen zu können⁵³. Außerdem wurden landesweit abgestimmte Kontrollorgane und -mechanismen eingerichtet, die provinziellen Protektionismus verhindern sollen. 13 ranghohe Parteimitglieder wurden zum ersten Mal öffentlich verhaftet und verurteilt. Außerdem hat die VRC im selben Jahr das UN-Anti-Korruptionsabkommen unterzeichnet.

Umfragen zufolge ist die Glaubwürdigkeit der Antikorruptionskampagne in der Bevölkerung von 32,8% im Jahr 1996 auf 51,9% im Jahr 2003 gestiegen⁵⁴. Die tatsächliche Situation hat sich dagegen bislang kaum geändert. Die meisten der 13 prominenten Verhafteten des Jahres 2003 waren vor ihrer Verhaftung stets in den ersten Reihen derjenigen zu finden gewesen, die die Korruption in der Öffentlichkeit heftig angeprangert hatten.

Demokratie und Zivilgesellschaft

Mit der Liberalisierung der Wirtschaft wird die demokratische Umgestaltung auch der Gesellschaft und des politischen Systems zusehends zum Gegenstand öffentlicher Diskussion. Ansätze demokratischer Kultur sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen und das Entstehen einer bürgerlichen Gesellschaft führt nicht zuletzt auch zu einer Zunahme von freien Meinungsäußerungen und öffentlicher Debatten. Systemfragen und Themen, die die Autorität der KP in Frage stellen könnten, werden dabei allerdings stets umgangen. Insgesamt ist aber zu erkennen, dass sich der Staat aus der persönlichen Sphäre zurückzieht. Im neuen Zivilgesetzbuch der VRC soll die Privatsphäre erstmals ausdrücklich geschützt werden.

Während Wirtschaft und Gesellschaft einst von der Politik dominiert wurden, ist mittlerweile eine gewisse Trendwende zu erkennen. Statt Ideologie, sind nun hauptsächlich Pragmatismus und Wissenschaftlichkeit gefragt, um den vielfältigen Erfordernissen an die Umgestaltung zu begegnen. Und nachdem Demokratie per Definition ein Kennzeichen einer Marktwirtschaft darstellt⁵⁵, finden demokratische Prinzipien derart wissenschaftlich abgesichert auch Eingang in politische Kreise. Wie auch im Rechtsbereich bedient man sich dabei bislang häufig lediglich entsprechender Bezeichnungen, ohne etwa international gängigen Definitionen gerecht zu werden.

Außerdem sieht sich die Regierung gezwungen, die Interessen der verschiedenen neu entstandenen Gesellschaftsgruppen zu berücksichtigen. Dies sind zunächst die „Gewinner“ der Wirtschaftsreformen, die ihre wirtschaftliche Macht auch politisch manifestiert sehen möchten. Nachdem die Privatwirtschaft schon längst zum Motor des chinesischen Wirtschaftswunders geworden ist, kann die Regierung zumindest diese Gruppe nicht ignorieren. Die „Verlierer“ der Reformen wiederum könnten sich gegen die Regierung wenden, indem sie diese für ihre missliche Lage alleinverantwortlich machen. Insofern ist der Regierung daran gelegen, die politische Verantwortung zumindest nach außen hin auf mehreren Schultern verteilt zu sehen. Auch die anhaltende Korruption macht die Mängel des gegenwärtigen politischen Systems deutlich, in dem keinerlei Gewaltenteilung und kaum Gewaltenteilung herrschen.

Die KP sieht sich insofern zunehmend mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich einem pluralistischen System zu öffnen. Die Ansätze zu mehr Pluralismus sind bislang lokal oder auf parteiinterne Fragen beschränkt. So haben sich auf Gemeindeebene Wahlen zum Gemeindevorstand etabliert und in Peking und Shenzhen wurden zum ersten Mal Abgeordnete der Nationalen Provinz-Volkskongresse (NPVK) durch öffentliche Wahlen ermittelt⁵⁶. Erstmals seit ihrem Bestehen sind innerparteiliche Kontrollmechanismen und Ansätze innerparteilicher Demokratie eingeführt worden (s.o.). Die Einführung von innerparteilicher Gewaltenteilung ist bereits seit einiger Zeit in der Diskussion⁵⁷.

Wie weit die demokratische Umgestaltung gehen wird, ist bislang nicht abzusehen. Pessimisten verweisen darauf, dass es in allen Lebensbereichen an unabhängigen Vermittlungsinstanzen und Strukturen fehle und bei Reformen der politische Bereich bislang ausgeklammert worden sei. Zur Kontrolle der Gesellschaft stütze sich der Staat weiterhin auf Propaganda und Repression.

Optimisten hingegen gehen wie selbstverständlich davon aus, dass auf die wirtschaftlichen Reformen zwingend auch politische Reformen folgen werden. Denn wie beschrieben sieht sich die Regierung dem Legitimationsdruck einer zunehmend offenen und internationalen Gesellschaft im eigenen Land gegenüber. Des Weiteren geht die politische Elite bereits längst neue Wege, bevorzugt in die Privatwirtschaft, um sich ihre Position an der Spitze der Gesellschaft zu sichern. Eher pragmatisch auf den persönlichen Machterhalt bedacht, scheint für sie der Systemerhalt eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Bisher ist es der politischen Führung erfolgreich gelungen, der westlichen Logik zu entgehen, nach der die wirtschaftliche Öffnung und die Öffnung nach Außen zwangsläufig eine Demokratisierung im Innern bewirken müsse. Seit nunmehr 25 Jahren Reformpolitik hat sich so gut wie nichts an der politischen Machtverteilung geändert. Das ist zu großen Teilen auf den wirtschaftlichen Erfolg der Führung und eine einhergehende Entpolitisierung zurückzuführen. Zum anderen ist das Bedürfnis nach Stabilität nach dem Ende der Kulturrevolution in allen gesellschaftlichen Schichten nach wie vor überragend groß. Auch angesichts der Lage in der ehemaligen Sowjetunion bevorzugt man Einschränkungen zugunsten eines schrittweisen Übergangs. Nicht zu vernachlässigen ist auch das Nationalbewusstsein der Chinesen, das nach Stärke und politischer Einheit strebt.

Allerdings hat die Reformierung mittlerweile eine neue Phase erreicht, in der die globale Einbindung neue wirtschaftliche Zwänge und politische Einsichten geschaffen hat. Beides betrifft den Systemerhalt unmittelbar. Es ist daher zu einem geflügelten Wort geworden, dass der Erfolg der Reformen den Machtverlust der Partei bedeutet. Ein Misserfolg der Reformen wiederum würde die Gefahr für einen gewaltsamen Umsturz drastisch erhöhen.

Im Bewusstsein der eigenen Geschichte wird man auch in Regierungskreisen die Gefahr nicht unterschätzen, wie die Qing-Dynastie am Ende von den Ereignissen überrollt zu werden. Diese hatte zu spät und zu wenige demokratische Zugeständnisse gemacht. Insofern besteht Anlass zur Hoffnung, dass die Regierung zur gegebenen Zeit von selbst entsprechende Reformen einleiten wird. Auf diese Weise würde sie auch ein Maximum an Kontrolle beibehalten.

Außenpolitik

Die gesteigerte wirtschaftliche und politische Macht der VRC machte sich im Jahr 2003 symbolisch durch den bemannten Mondflug vom 15. Oktober bemerkbar. Auch im Konflikt zwischen der Volksrepublik Korea und den USA, in dem die chinesische Führung ganz gegen ihre Tradition der Nichteinmischung eine aktive Rolle als Vermittler einnahm, ließ sich wenn nicht eine Verschiebung des weltpolitischen Gleichgewichts, so doch zumindest eine neue Richtung in der chinesischen Außenpolitik erkennen. Mit neuem Selbstbewusstsein hat die VRC ihren Weg aus der Isolation auf die Weltbühne gemacht.

Im Ausland wächst indessen die Furcht vor Nationalismus, Expansion und sogar einem Weltmachtanspruch der VRC. Denn zweifellos wird die wirtschaftliche und politische Stärke Chinas sowohl in Asien als auch weltweit zu einem neuen geostrategischen Gleichgewicht führen⁵⁸. Zwar bringt dies eine neue Konkurrenzsituation insbesondere für die asiatischen Nachbarländer mit sich, enthält aber auch Vorteile und Entwicklungspotentiale für die Region. Eine durch China ausgelöste Sicherheitskrise wird jedenfalls nicht erwartet, auch wenn die Führung in Peking mit immer deutlicherer Sprache auf die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans reagiert.

Der Taiwankonflikt stellt aus chinesischer Sicht natürlich einen Teil der Innenpolitik dar und soll nach letzten Aussagen bis zum Jahr 2020 gelöst werden. Ungeachtet dessen wächst die wirtschaftliche Abhängigkeit Taiwans vom Festland, bereits jetzt ist die VRC der größte Handelspartner Taiwans noch vor den USA und Japan. Vor dem Hintergrund dieser Tatsache deutet sich ein möglicher Ausgang des Taiwankonflikts bereits an.

Anmerkungen

¹ Carrasco, Bruno (24.06.2003): Herausforderungen an die Geld- und Währungspolitik, Deutsche Bank Research, China Spezial, S. 3 und 9.

² Holbig, Heike (Januar 2003): China Aktuell, Hamburg, S. 43 ff. mit weiteren Nachweisen.

³ Vgl. <http://www.chinaherald.net/2004/07how-fast-is-china-really-growing/html>.

⁴ Vgl. die Studie der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) in ChinaBiz (03.08.2003) und Wu, Jinglian (Juli 2004): das Wachstum ist nicht nachhaltig unter <http://www.chinaherald.net/2004/07/landing-in-your-safety-position-please.html>.

⁵ S. ausführlich zur Kapitalertragsrate (Incremental Capital-Output Ratio / ICOR) Yu, Li (01.07.2004): China muss sein Wachstumssteigerungsmodell verändern, Nanfang Zhoumo S. C 18.

⁶ Ahmad, Sameena (März 2004): Behind the mask – a survey of business in China, The Economist, S. 3, 4.

⁷ Vgl. <http://www.umwaelzung.info/china-usa.html> (20.07.2004).

⁸ Deutsche Presse Agentur (DPA), 6.12.2004.

⁹ Agence France Presse (AFP), 19.12.2004.

¹⁰ Wang, Feng (22.07.2004): Chinas Gegenstrategie unter dem Schatten von Antidumping, Nanfang Zhoumo, S. C 18.

¹¹ S. mehr zur Begründung und der chinesischen Reaktion unter <http://big5.china.com.cn/german/124643.htm>.

¹² Yu, Li (01.07.2004): China muss sein Wachstumssteigerungsmodell verändern, Nanfang Zhoumo S. C 18.

¹³ Lin, Chufang / Sun, Yafei / Mu Jiaqiao (18.03.2004): Von der Verfassungsrevision zur Implementierung des Rechts, Nanfang Zhoumo, S. A 7; Kaufmann, Matthias (25.04.2004): Der Ganges lockt, <http://www.managermagazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,299840,00.html>.

¹⁴ Vgl. www.handelsakademie.at/vwl/Wirtschaftsordnungen.pdf (24.03.2004).

¹⁵ Vgl. Meldung der Neuen Züricher Zeitung (14.03.2004), veröffentlicht unter <http://www.nzz.ch/2004/03/14/al/page-newzzDRT6QY7L-12.html>.

¹⁶ „Zhonggong zhongyang guanyu wanshan shehui zhuyi shichang jingji tizhi ruogan wenti de jue ding“. Text (chinesisch) unter: http://www.law-lib.com/law/law_view.asp?id=81335 (12.2.2004).

¹⁷ Heilman, Sebastian / Schulte-Kuhlmann, Nicole / Shih, Lea (Januar 2004): Die Farbe der Macht hat sich geändert, China Aktuell, Hamburg, S. 36 f.

¹⁸ ebd., S.39

¹⁹ Lin, Chufang / Sun, Yafei / Mu Jiaqiao (18.03.2004): Von der Verfassungsrevision zur Implementierung des Rechts, Nanfang Zhoumo, S. A 7.

²⁰ ebd.

²¹ Guo, Guangdong (18.03.2004): Die wahrhafte Bewahrung der Menschenrechte durch Verfahren, Nanfang Zhoumo vom, S. A 1.

²² Lin, Chufang / Sun, Yafei / Mu Jiaqiao (18.03.2004): Von der Verfassungsrevision zur Implementierung des Rechts, Nanfang Zhoumo, S. A7.

²³ Ausführlich dazu Li, Weidong (2003): Neue Diskussion zu Verfassung und Politik, Beijing.

²⁴ He, Weifang (20.11.2003): Das Problem – ein Weidenkorb, Nanfang Zhoumo S.A5.

²⁵ S. Fn 16, 21.

²⁶ Bezeichnenderweise wurden während der Sitzung des NVK im März 2004, in der die Aufnahme der Menschenrechte beschlossen wurde, tausende Menschen, die Petitionen vorbringen wollten, zwei Tage lang in einem Stadion festgehalten.

ten. Tausende Menschen wurden 2004 wegen der Gründung von Gewerkschaften verhaftet und ein Anwalt, der für die Rechte von Arbeitnehmern und gegen einen mächtigen Unternehmer eingetreten ist, wurde wegen Verrats von Staatsgeheimnissen zu drei Jahren Haft verurteilt. Vgl. die ausführliche Aufzählung mit weiteren Beispielen in „Asien Aktuell“ unter <http://www.umwaelzung.de/aaktuell.html>.

²⁷ Nach einer offiziellen Verlautbarung des Staates vom 30.03.2004 sind in dem Begriff Menschenrechte u. a. folgende Einzelrechte enthalten: Das Recht auf Leben, das Recht auf Entwicklung, Bürgerrechte, politische Rechte, wirtschaftliche Rechte, gesellschaftliche Rechte, kulturelle Rechte, Rechte von Frauen und Minderjährigen, Rechte der Angehörigen von Minderheiten und Behinderten auf Gleichberechtigung sowie die allgemeine Justiziabilität der Menschenrechte.

²⁸ Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/49381>

²⁹ Guo, Guangdong (18.03.2004): Die wahrhafte Bewahrung der Menschenrechte durch Verfahren, Nanfang Zhoumo vom, S. A1.

³⁰ A.a.O.

³¹ Wang, Ke / Nan, Chunhong (8.1.2004): Zum Hintergrund des Einkommenskonflikts, Nanfang Zhoumo, S. B 9.

³² Qiao, Xinsheng (08.04.2004): Ein Bericht zum Stand der Menschenrechte nach ihrem Eingang in die Verfassung, Nanfang Zhoumo, S. B 15; Qiu, Feng (15.04.2004): Probleme bei der „Lokalisierung der Justiz“, Nanfang Zhoumo, S. B 15.

³³ Qu Yunliang, (01.04.2004): Xiao Longyun: Ein unwillkommener Überprüfungsbeamte der Verwaltungstätigkeit, Nanfang Zhoumo S. B 11; Duan Hongqing (20.07.2004): Die Justizinterpretation des Verwaltungserlaubnisrechts wird waserdicht gemacht, Caijing S. 108.

³⁴ „Xinzheng xuke fa“; Text (chinesisch) unter: http://www.lawlib.com/law/law_view.asp?id=79264.

³⁵ Guo, Guangdong (18.03.2004): Die wahrhafte Bewahrung der Menschenrechte durch Verfahren, Nanfang Zhoumo vom, S. A 1.

³⁶ Text (englisch) bei China Development Brief unter <http://www.chinadevelopment-brief.com/page.asp?sec=2&sub=1&pg=5> (22.05.2004).

³⁷ Text (englisch) bei China Development Brief unter <http://www.chinadevelopment-brief.com/page.asp?sec=2&sub=1&pg=1> (02.03.2004).

³⁸ „Huanjing baohu xingzheng chufa banfa“; Text (chinesisch): http://www.law-lib.com/law/law_view.asp?id=81616 (12.2.2004).

³⁹ Hagemeister, Volker, (03.09.2003): In China fehlen noch wichtige Gesetze, FAZ.

⁴⁰ Kolonko, Petra (17.01.2003): Die Partei und das Recht, FAZ S. 10.

⁴¹ Zhou, Derong (05.03.2003): Welche Mafia?, FAZ.

⁴² Siackhachanh, Noy (26.08.2002): China 2020 – Vor großen Herausforderungen und Bhaskaran, Manu (25.2.2003) China als potentielle Supermacht – Reaktionen in der Region, beides Deutsche Bank Research.

⁴³ ebd.

⁴⁴ Vgl. Blume, Georg (10.09.2003): Einige werden zuerst reich, FAZ S. 13.

⁴⁵ China Daily vom 30.1.2004, S.3.

⁴⁶ Meldung von ABC Radio Australia News (10.07.2004).

⁴⁷ Radio Free Asia, 25.05.04; Yahoo! Singapore News, 24.11.03.

⁴⁸ China Daily, 05.07.2004.

⁴⁹ Gemeinsame Studie von UNDP und dem chinesischen Internationalen Zentrum für wirtschaftlichen und technologischen Austausch in The Strait Times, 17.09.2003; Untersuchung des offiziellen Gewerkschaftsverbandes in China Daily, 16.06.2004.

⁵⁰ „Zhonghua Zhongyang Gonghehuo hunyin fa“; Text (chinesisch): http://www.law-lib.com/law/law_view.asp?id=15279 (12.2.2004).

⁵¹ Kolonko, Petra (17.01.2003): Die Partei und das Recht, FAZ S. 10.

⁵² Vgl. GTZ – Symposium zur Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung

⁵³ „Zhongguo gongchandang dangnei jiandu tiaoli“; Sun, Yafei (4.12.2003): Die ersten Regeln zur Eigenkontrolle der KP kommen heraus, Nanfang Zhoumo, S. A 4.

⁵⁴ Li, Yongzhong (8.1.2004): Die neun Prämieren im Kampf gegen die Korruption im Jahr 2003, Nanfang Daily Zhoumo, S. A 4.

⁵⁵ Vgl. <http://www.civiced.org/education.html> vom 12.2.2004.

⁵⁶ Liu, Ling / Wu Chenguan / Xu, Nan (11.12.2004): 10. Dezember – Peking wählt, Nanfang Zhoumo, S. A 4; Huang, Guangming (01.01.2003): Pei Lifa und seine Nachfolger, Nanfang Zhoumo, Sonderbeilage S. 17.

⁵⁷ Yi, Ying (12.02.2004): Zum Vorhaben einer innerparteilichen Gewaltenteilung, Nanfang Zhoumo, S. A 3.

⁵⁸ Bhaskaran, Manu (25.02.2003): China als potentielle Supermacht – Reaktionen in der Region in Deutsche Bank Research, China Spezial, S. 3 ff.